

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeines Anzeigen für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Vierteljährlich 40 Geldstücke. Die Einzelnummer kostet 10 Geldstücke. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum 15 Geldst. wöch., die Restzeile 25 Geldst. |
Einsendung der Beiträge erfolgt höchstens 2 Wochen vor dem Erscheinen. | Sonntags innerhalb 8 Tagen. — Für telefonisch eilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 165.

Allensteig, Mittwoch den 16. Juli.

Jahrgang 1924

Englisches Vorbild zur Konferenz.

Eine Unterhausdebatte.

London, 15. Juli.

Unmittelbar vor Eröffnung der bedeutenden Londoner Konferenz, die Mittwoch vor sich gehen wird, hat der englische Ministerpräsident MacDonald bei Beratung des Staats seines Auswärtigen Amtes am Montag über die grundsätzlichen Fragen seiner Außenpolitik gesprochen. Der liberale Führer Asquith betonte:

Die Konferenz sei von den guten Wünschen aller Parteien im Hause, im Lande und im ganzen Reich begleitet. Es sei von größter Wichtigkeit, daß heute nichts gefagt werde, was dazu beitragen könne, den Premierminister in seiner Aufgabe von größter Schwierigkeit, von der bedeutsame und weitreichende Fragen abhängen, zu behindern. Der veröffentlichte Briefwechsel habe gezeigt, daß zwei Dinge von Seiten der englischen Regierung deutlich erklärt und angedeutet worden seien, nämlich 1. daß der Dawesbericht über den Versailler Vertrag hinaus gehe, 2. daß die Aufgabe, in Zukunft zu erklären, ob ein offenkundiger Bezug stattgefunden habe, einer anderen Autorität als der Repts, anvertraut werden müsse. MacDonalds Besuch in Paris habe die innere Lage und den Bestand der Regierung Heriots und, wie er hoffe, auch die wirksame Tätigkeit der Konferenz geteilt. Es beständen jedoch zwei Punkte von großer Bedeutung: die Räumung des besetzten Gebiets und die Sicherheitsfrage. Jede Versicherung an Frankreich müsse nicht als eine separate Garantie, sondern als Teil einer Allgemeinverpflichtung Großbritanniens auf Grund der Völkerbundsatzung gegeben werden. Ferner müsse die Frankreich angebotene Sicherheit unter den gleichen Bedingungen Deutschland angeboten werden. Drittens müsse, damit dies möglich sei, Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden und einen Sitz im Völkerbund erhalten. Das britische Reich müsse sich außerdem verpflichten, Frankreich und Deutschland den Gebrauch seiner Macht gegen jede von beiden Staaten zu garantieren, der dem anderen einen Streit aufdränge, ohne die Maschinerie des Völkerbunds in Gang zu setzen. Und zwar müsse dies kollektiv und allgemein für alle im Völkerbund vertretenen Parteien gelten. Dies sei die einzig wirksame und praktische Gewähr, wovon irgend eine Sicherheitsgarantie gegeben werden könne.

Der Führer der Konservativen, Baldwin, der darauf sprach, gab zunächst seine Zustimmung zu den Darlegungen Asquiths und betonte die großen Erleichterungen, die Deutschland durch den Dawesbericht angeboten würden. Es dürfe auf Seiten Deutschlands kein Zögern bestehen, ihn anzunehmen. Er hoffe, die Konferenz werde ihre Aufgabe so leisten, daß sie die Zustimmung von Deutschland mit der geringstmöglichen Verzögerung erhalten werde. Zum Schluß seiner Ausführungen hob Baldwin hervor, daß, wenn Deutschland den Bericht annehme und die Auleihe aufgebracht werde, ein beträchtlicher Teil derselbe aus England kommen würde, das dadurch, daß es das deutsche Geschäftleben wieder aufrichte, seinen eigenen größten und mächtigsten Konkurrenten wiederherstellen würde.

Alsdann erklärte MacDonald: Er sei am kommenden Mittwoch viel mehr interessiert als am vergangenen Donnerstag. Hinsichtlich der Verpflichtungen, die Deutschland durch den Dawesbericht auferlegt würden, sagte MacDonald, es sei nur die Frage, ob hinsichtlich eines oder zweier Punkte des Dawesberichtes man nicht versuche, Deutschland Verpflichtungen aufzuerlegen, die nicht legal im Bereich des Versailler Vertrages lägen. Diese Frage sei den Rechtsachverständigen vorgelegt worden. Sie werde bei ihnen bleiben, bis deren Bericht der interalliierten Konferenz diese oder nächste Woche vorgelegt werde. Frankreich sei infolge der Umstände dahin gelangt, den Versailler Vertrag wie eine Art Bundeslade zu betrachten. Jede Anregung, ihn beiseite zu legen, habe förmliche Befürchtungen hervorgerufen, die einfach in Erstaunen versetzt hätten. Auch die Anregung, daß die Sicherheit, die Frankreich von den Operationen der Repts zu haben glaube, abgeändert werden solle, habe dasselbe Gefühl in Frankreich hervorgerufen. Während England Frankreich jede Sicherheit über den Vertrag von Versailles geben müsse, die Frankreich wünsche, müsse es auch außerordentlich darauf bedacht sein, daß Frankreich die legalen Bestimmungen des Vertrages nicht ermittle. Es sei Englands Pflicht, zu dem Vertrag zu stehen.

Austin Chamberlain kritisierte MacDonalds Verhandlungen mit Herriot in Cherbourg und erklärte, die Konservativen beständen auf folgender Politik: 1. wollten

sie aufrichtig den Versailler Vertrag annehmen und aufrecht erhalten als der einzigen Grundlage für die Ruhe Europas, 2. wollten sie die Aufrechterhaltung der Entente mit Frankreich zum Angelpunkt ihrer Politik machen, 3. wollten sie die Forderung, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, in nicht geringerem Maße zu einer Richtlinie ihrer auswärtigen Politik machen. Dafür wären sie, wenn Deutschland die Verpflichtungen, wie sie ihm jetzt vorgelegt würden, aufrichtig annehme und loyal erfülle, bereit, die Integrität Deutschlands zu respektieren und seine Rückkehr in die Gesellschaft der Nationen willkommen zu heißen. Außerdem suchten sie die Verbindung mit Amerika zu sichern, wo immer es möglich sei.

Im Unterhause betonte Spears: Er befürchte, daß MacDonald in der Schulden- und Sicherheitsfrage Zugeständnisse gemacht habe, die geeignet wären, den Dawesbericht zu gefährden. Es sei zweifelhaft, ob Deutschland die Regelung von der Konferenz annehmen werde, auf der französische Einflüsse vollkommen vorherrschen bzw. ob die Amerikaner der Verfügung über die großen Summen, an denen sie interessiert sind, zustimmen werden, ohne eine Stimme in dieser Frage zu haben.

Der Konservative Sir of Wise erklärte, er sei zu dem Schluß gelangt, daß der Dawesbericht Unmöglichkeiten vorlehe. Die in Aussicht genommenen Zahlungen seien zu groß. Er hoffe, daß eine neue Konferenz stattfinden werde, auf der nicht nur die Sachverständigen, sondern auch die Reparationskommission und die Vereinigten Staaten vertreten sein würden.

Der Arbeiterpartei-Mitglied Johnson führte aus, die Kernfrage des Reparationsproblems sei nicht Deutschlands Zahlungsfähigkeit, sondern Englands Aufnahmefähigkeit.

Der Konservative Samuel erklärte, er sei überzeugt, daß der Dawesbericht durchführbar sei. Die vorgesehenen Annuitäten würden Deutschland nur geleistet werden können, wenn es Außenhandel mit einem Umsatz von etwa drei Millionen Pfund habe. Frankreich, Belgien, Italien und Amerika würden die deutschen Waren nicht nehmen. Wenn aber diese Waren nach England ausgeführt würden, würden Tausende von Arbeitern erwerbslos werden.

Auch der Liberale Wedgwood Benn erklärte, es sei zweifelhaft, ob Deutschland in der Lage sei, dem Dawesbericht gemäß einen großen Ausfuhrüberschuss zu erzeugen. Jeder, der den Versailler Vertrag studierte, müsse zu dem Schluß gelangen sein, daß die neuen Deutschland auferlegten Verpflichtungen weit über den Versailler Vertrag hinaus gingen.

Das Arbeitermitglied Morel erklärte, der Dawesbericht werde von zahlreichen Arbeitermitgliedern mit höchster Besorgnis betrachtet, die durch die Rede des Premierministers nicht vermindert worden sei. Glaube irgend ein vernünftiger Mensch, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei.

Lord Balfour teilte mit, daß die britische Auffassung über den Vertrag betr. die gegenseitige Beistandsleistung demnächst veröffentlicht werde. Er werde sich dann zeigen, daß sich die Auffassung der Konservativen und der Arbeiterregierung deckten.

Das letzte Ricum-Abkommen.

Das von den Vertretern der Ruhrindustrie mit der Ricum abgeschlossene Abkommen ist offensichtlich das letzte. Diese ungeheure einseitige Belastung namentlich des Ruhrkohlenbergbaus müßte sonst den wirtschaftlichen Ruin des Ruhrgebiets besiegeln.

Die Ricumverträge sind Reparationszwangsmittel der Besatzungsmächte. Nach Aufgabe des passiven Widerstands an der Ruhr haben sich zunächst einige große Konzerne das Verfügungsrecht über ihre Betriebe mit der vertraglichen Verpflichtung bestimmter unentgeltlicher Sachlieferungen an die Ricum erkauft. Darauf haben am 23. November 1923 die im Bergbauischen Verein vertretenen Firmen ein ähnliches, das erste große Ricum-Abkommen abgeschlossen. Dieses Abkommen ist mehrfach, zuletzt bis Ende Juni 1924 verlängert worden.

Danach hatte der Ruhrbergbau im Wesentlichen zu leisten: 27 Prozent der Kohlen- und Kokszeugung des Jahres 1921, bestimmte Mengen von Nebenprodukten der Steinkohle (Leer, Ammoniumsulfat, Benzol, Delfe, Creosot, Pech usw.) und den Kohlenbedarf der Besatzungstruppen und Behörden. Für diese Lieferungen wurde nichts bezahlt. Außerdem mußte die Verpflichtung angenommen werden, die rückständige Kohlensteuer im Betrage von 15

Millionen Mark und für jede vom Tage des Vertragsab schlusses geförderte Tonne Kohle eine Abgabe von 10 Franken (später 8 Franken) zu zahlen. Dazu kam noch die Besteuerung der Kohlen für die Regiebahnen zu einem Preile, den die Ricum festsetzte. Dafür wurden die Gebühren für Ausfuhrbewilligungen usw. Ruhrkohle nach Deutschland und dem Auslande ermäßigt und die Beschlagnahme der Werke aufgehoben. Der Ruhrkohlenbergbau ist dadurch mit monatlich 50—60 Millionen Goldmark belastet worden. Die Versuche der Reichsregierung über diese Belastungen zu einer Umwälzung von Regierung zu Regierung zu kommen, wurden von den Besatzungsmächten abgelehnt.

Kunmehr ist das Ricum-Abkommen abermals verlängert worden und zwar bis zum Inkrafttreten der Pläne der Sachverständigen. Dem Bergbau sind einige Erleichterungen zugestanden worden: Die umsonst zu liefernde Menge von Kohlen und Kohprodukten wird nicht vermindert. (Für die Streikzeit vom 1. Mai bis 7. Juni soll jedoch nur 27 Prozent der in dieser Zeit tatsächlich erfolgten Förderung abgeführt werden.) Ermäßigt wird der Betrag der Kohlensteuer, der bisher monatlich 7,1 Millionen Mark ausmachte, auf 5,5 Millionen Mark monatlich; auch die Gebühren, die bisher 4 Millionen ausmachten, sind um 50 Prozent ermäßigt worden.

Die Reichsregierung erteilt dem Bergbau die Hälfte der neuen Ricumlasten. Sie hat dem Bergbau nahegelegt, vor dem Recht der Vertragsündigung rechtzeitig Gebrauch zu machen, damit das Abkommen beendet ist, wenn die Sachverständigenpläne in Kraft treten. In der dann folgenden Zeit sind wir hoffentlich vor ähnlichen wirtschaftlichen Gemähten durch das Sachverständigen-Gutachten geschützt, jedoch die Arbeit im Ruhrbergbau wie in der gesamten Wirtschaft des ganzen besetzten Gebietes dann wieder in geordnete Bahnen geleitet werden kann.

Neues vom Tage.

Die Goldnotenbank und ihr Geld.

Berlin, 15. Juli. Zur Beendigung der Arbeiten des Organisationskomitees für die deutsche Goldnotenbank teilt das „Berliner Tageblatt“ noch mit, daß der deutsche Entwurf in seinen wesentlichen Punkten von dem englischen Bankier Kindersly angenommen worden sei. Der Charakter der Goldnotenbank, deren Sitz in Berlin sein werde, werde vollkommen dem der Reichsbank entsprechen. Die Bank werde vollkommen unabhängig von der Reichsbank sein. Die neuen Noten der Bank sollen den Namen Reichsmarknoten erhalten und bis zu 10 Mark hinunter gestuft werden. Daneben seien auch Gold-, Silber- und Kupfermünzen vorgegeben und zwar von einem Pfennig bis zu 5 Mark. Die Hauptgrundlage der Bank werde die Deutschland zu gewährende Auslandsanleihe in Höhe von etwas über 5 Milliarden Goldmark heissen. — Die Beschlüsse des Organisationskomitees seien bereits der Repts übermittelt worden.

Der Aufruhr in Brasilien.

Buenos-Aires, 15. Juli. Die Lage im Staate Sao Paulo ist sehr schlimm. Die Maßnahmen der Regierung sind wirkungslos geblieben. Die Zahl der Aufständigen soll durch Bezug von Freiwilligen sich vermehren. Zwei Amerikaner die aus Sao Paulo in Rio de Janeiro eingetroffen sind, haben erklärt, die Zahl der Aufständischen belaufe sich auf 20.000. In den Straßenkämpfen der ersten zehn Tage seien 3000 Menschen getötet worden. Die Aufständischen beabsichtigen, Rio de Janeiro zu besetzen.

Urteil im Münchner Kommunistenprozess.

München, 15. Juli. Im Münchner Kommunistenprozess wurde das Urteil verkündet: Landtagsabg. Gbly-München erhielt 6 Monate, Landtagsabg. Bachs 1 Monat, Schriftsteller Dr. Frank-Berlin 7 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 5 Tagen bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Begründung führt aus, daß der Ausnahmezustand für Bayern, somit auch die Verordnungen des Generalstaatskommissars vom 11. Nov. 23 noch zu Recht bestehen. Freigesprochen wurden der kommunistische Stadtrat Thierack (München) und weitere sechs Kommunisten, da ihre Behauptungen, daß es sich nur um eine Besprechung anläßlich der Gemeindevorarbeiten handelte, nicht widerlegt werden konnten.

Der bayerische Ausnahmezustand bleibt.

München, 15. Juli. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags beschäftigte sich mit den Anträgen der Kommunisten und des Bdt. Blocks, sowie der Sozialdemokraten auf Aufhebung des Ausnahmezustandes.

zustands in Bayern. Der Innenminister lehnte namens der Staatsregierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ab. Er bescheide zu Recht und die Regierung halte den Zeitpunkt seiner Aufhebung mit Rücksicht auf die ganzen innerpolitischen Verhältnisse noch nicht für gekommen. Der Ausnahmezustand im Reich bestehe auch noch fort und die Reichsregierung denke nicht daran, ihn aufzuheben. Die Anträge wurden schließlich abgelehnt.

Die belgische Rückkehrerlaubnis für Ausgewiesene.

Röln, 15. Juli. Der oberkommandierende General der belgischen Landarmee erließ eine Bekanntmachung, wonach die aus dem Präsidentschafts-Duisburg seit dem 11. Jan. 23 vertriebenen Personen zurückkehren können. Ausgenommen sind die Beamten der Schutzpolizei und Personen, die aus anderen Gründen als wegen Teilnahme am passiven Widerstand ausgewiesen wurden. Unter den Persönlichkeiten, die nicht wieder zurückkehren dürfen, befindet sich auch der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres.

Die Londoner Konferenz.

Paris, 15. Juli. Havas berichtet aus London über die Vorbereitungen zu der am Mittwoch beginnenden Londoner Konferenz: Die Abordnungen der verschiedenen Länder würden insgesamt 150 Mitglieder, Delegierte und Sachverständige zählen. Die englische Regierung habe bei der Organisation der Konferenz große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, u. a. bei der Unterkunftsbeschaffung, da sämtliche Londoner Hotels von Fremden überfüllt seien, die zur Kolonialausstellung oder zu den verschiedenen Kongressen der nächsten Tage gekommen seien. Was die Dauer der Konferenz anlangt, wäre es unnützlich, darüber Vermutungen anzustellen. Es würden die verschiedensten Voraussetzungen verbreitet; die einen rechnen mit einer Dauer von 8-10, die anderen von etwa 14 Tagen.

London, 15. Juli. Die Eröffnung der Londoner Reparationskonferenz findet im Vorkamerzimmer des Foreign Office am 11. Uhr vormittags statt. MacDonald wird die Eröffnungsrede halten. Dann werden die Delegierten das Programm der Konferenz aufstellen. — Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Tagesordnung der Konferenz werde die Erledigung aller Maßnahmen einschließen, die zur Erledigung und Durchführung des Dawesplanes erforderlich seien.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 16. Juli 1924.

Ausstellung über Grundschularbeit. Die Landesanstalt für Erziehung und Unterricht hat in Verbindung mit örtlichen Schulleitungen in Nagold im Lehrerseminar in Nagold eine reichhaltige Ausstellung von Grundschularbeiten vorbereitet, die voraussichtlich am Freitag den 18. Juli 1924 abends 6 Uhr durch den Vorstand der Landesanstalt f. E. u. U. Herrn Reg. Rat Gahmann aus Stuttgart eröffnet werden wird. Die Ausstellung ist für den allgemeinen Besuch geöffnet vom Sonntag den 20. Juli bis Sonntag den 27. Juli je einschließlich, und zwar je mittags von 2-6 Uhr, an den beiden Sonntagen außerdem von 11-1 Uhr. Für regelmäßige sachkundige Führung durch die Ausstellung ist gesorgt. Der Eintritt ist frei.

Ausschussigung des Landw. Bezirksvereins. Am Sonntag, den 13. ds. Mts. fand im Gasth. z. Traube hier eine Ausschussigung statt. Nach vorangegangener Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder durch den Vorliegenden Dirchwirt Kleiner, Ebhausen wurde sofort in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. 1.) Landwirtschaftl. Winterschule: Nachdem nunmehr das Gebäude der früheren Präparandenanstalt wieder der Stadtgemeinde Nagold zur Verfügung steht, wird die seit einigen Jahren

schwebende Frage der Errichtung einer Landw. Winterschule wieder neu aufgerollt. Die Stadtgemeinde Nagold wäre bereit, einen geeigneten Raum im fragl. Gebäude für Zwecke der Landw. Winterschule zur Verfügung zu stellen. Aus der in dieser Frage entstandenen Debatte konnte verstanden werden, daß ein großes Interesse und ein dringendes Bedürfnis für die Errichtung einer Landw. Winterschule im Bezirk Nagold vorhanden ist. Um die nötigen Schritte hierzu zu unternehmen, wurde beschlossen, sofort in den einzelnen Gemeinden des Bezirks eine Umfrage zu halten, wieviel Teilnehmer für die voraussichtlich schon im nächsten Winter stattfindenden Unterrichtskurse in Betracht kommen. Außerdem wurde eine Deputation gewählt, welche die Angelegenheit bei maßgebender Stelle persönlich vertreten soll. 2.) Lebensmittelammung: Nach einer Zuschrift der Zentralleitung für Wohltätigkeit sollen auch in diesem Herbst wieder Lebensmittelammungen für grundsätzlich den einzelnen Oberamtsbezirk überlassen, doch ist die Zentralleitung auf Wunsch gerne bereit, als Vermittlerin zwischen den Bezirken zu dienen. Die Veranstaltung ist der Ansicht, daß eine Sammlung von Lebensmitteln in diesem Jahr, in Anbetracht der finanziellen Not der Landwirte, wenig Erfolg haben dürfte. Es wird jedoch beschlossen, in Verbindung mit dem Oberamt durch die Schulheizenämter im kommenden Herbst eine Lebensmittelammung einzuleiten und die ermittelten Lebensmittel in den einzelnen Gemeinden bzw. im Bezirk selbst zur Verteilung an Minderbemittelte zu bringen. 3.) Wander-Näh- und Kochkurse: Auf eine Anregung des Oberamts wird die Frage der Veranstaltung von Wander-Näh- und Kochkursen im hies. Bezirk eingehend erwogen. Es kam hierbei einstimmig der Wunsch zum Ausdruck, die Veranstaltung derartiger Kurse in die Wege zu leiten. Auch die Gründung eines Hausfrauenvereins wurde erwogen. 4.) Krankentassenbeiträge: Aus der Versammlung wird allgemein der Antrag gestellt, es sollen sofort Schritte unternommen werden zur Herabsetzung der für die Landwirte nicht mehr tragbaren Krankentassenbeiträge für die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Dienstboten. 5.) Milchpreis: Im Gesellschafts- und im Lammblatt sind in vergangener Woche Eingekandt erschienen, in denen Dinge behauptet werden, die von Erzeugerseite nicht unwidersprochen bleiben dürfen, weil sie irreführend und falsch sind und da, wo es darauf ankommt, die Wahrheit umgehen. Die Vertreter der Landwirtschaft verwahren sich entschieden gegen diese Ausführungen und haben den Wunsch, daß die beiden Zeitungen nunmehr auch den im Landw. Wochenblatt Nr. 28 vom 12. Juli ds. Js. erschienenen Artikel „Der Kampf um die Milchversorgung und den Milchpreis“ wortgetreu zum Abdruck in ihren Zeitungen bringen. (Wird gerne geschehen! d. Schriftl.) Außerdem soll ein Eingekandt ausgegeben werden. Sodann wurde noch zu dem in den letzten Tagen veröffentlichten Bericht einer Versammlung der Schwarzwälder Milchlieferungsgenossenschaft betreffend Milchpreiserhöhung Stellung genommen. Der Ausschuss erklärt, daß die Entschlüsse der Schwarzwälder Milchlieferungsgenossenschaft in Milchpreisfragen für die Erzeuger von Milch nicht maßgebend sind, da die Mitglieder fraglicher Genossenschaft keine Milchherzeuger, sondern Milchtransporteure und somit nicht befugt sind, Erzeugermilchpreise festzusetzen. 6.) Steuern: Die durch das Finanzamt vorgenommene Festsetzung der Deklarwerte für die Besteuerung wird hauptsächlich für die Gemeinden des vorderen Bezirks als viel zu hoch erachtet. Die festgesetzten Deklarwerte stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag und sind auch gegenüber den Deklarwerten der Nachbargemeinden viel zu hoch. Die Versammlung wünscht, daß eine entsprechende Eingabe an das Finanzamt gerichtet werden soll.

— **Gerichtsferien** Am 15. Juli beginnen nach dem Gerichtsverfassungsgesetz die Gerichtsferien, die bis zum 15. September dauern. Die Bezeichnung „Ferien“ ist geeignet, den Eindruck zu erwecken, als verhalten sich die Gerichte während dieser Zeit völlig untätig, so daß ein Stillstand der Rechtspflege eintrete. In Wirklichkeit erleidet nur die Behandlung eines Teiles der Rechtsstreitigkeiten, der besonderer Beschleunigung nicht bedarf, einen Aufschub. Ohne Einfluß sind die Gerichtsferien auf die gesamte Strafrechtspflege und das Mahnverfahren. Es können Zahlungsbefehle, eventl. Vollstreckungsbefehle erteilt werden.

— **Das Ende der Landarmenbehörden.** Von der württ. Landesfürsorgebehörde in Stuttgart werden die Verwaltungsgebäude der früheren Landarmenbehörden in Ludwigsburg, in Reutlingen, in Ellwangen und in Ulm zum Verkauf ausgeschrieben.

Bad Teinach, 15. Juli. Am Sonntag, den 27. Juli, soll nach 24jähriger Pause des Jakobstags mit Nahrungsmitteln wieder abgehalten werden. Hierzu ist zum erstenmal wieder seit 10 Jahren der alte Festplatz, der schattige Lindensplatz, zur Verfügung gestellt. Der Festausschuss ist jetzt schon bemüht, den Tag zu einem richtigen Volksfest zu gestalten. Vor allem sollen schmucke Volkstrachten im Festzuge nicht fehlen. Für jede originelle Tracht wird eine Prämie gewährt. Auch soll das früher so beliebte Hefswettrennen wieder stattfinden.

Nach, 15. Juli. (Beim Baden verunglückt.) Der 21 Jahre alte Sohn Albert des Gutsbesizers Hermann Dünzelmann-Benzingerhof ist in Sigmaringen beim Baden in der Donau tödlich verunglückt. Mit einem Kameraden zusammen badend wurde er von diesem, der einen Herzschlag erlitt, in die Tiefe gezogen und ertrank.

Stuttgart, 15. Juli. (Zur Abberufung des Gesandten Hildenbrand.) Die soz. Landtagsfraktion beschloß, folgende Große Anfrage an die Regierung zu stellen: Ist die Staatsregierung bereit, Auskunft darüber zu geben, 1. aus welchen sachlichen Gründen, 2. auf Grund welcher Gesetzesbestimmungen, 3. in welchen Formen die Abberufung des seitherigen württ. Gesandten in Berlin erfolgt ist?

Stuttgart, 15. Juli. (Zur Aufhebung der Ortssteuerämter.) Wg. Scheef (D) hat im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: Es mehren sich die Klagen über die vom Reichsfinanzministerium verfügte Aufhebung auch solcher Ortssteuerämter, die als vollbeschäftigt angesehen worden sind und die ihre Aufgaben nicht allein im Interesse der steuerzahlenden Bevölkerung, sondern nicht zuletzt auch im Interesse der vorgelegten Finanzämter gelöst haben. Es läßt sich die Befürchtung nicht abwenden, daß durch die erwähnte Maßnahme des Reichsfinanzministeriums sowohl die Interessen der steuerzahlenden Bevölkerung wie die Interessen der Finanzverwaltung gefährdet sind und werden. Ich frage deshalb das württ. Staatsministerium, ob es bereit ist, bei der Reichsregierung für eine Aufhebung der erwähnten Maßnahme und gegebenenfalls auch für die Wiedereinführung der wichtigeren berufsmäßigen Ortssteuerämter einzutreten?

Stuttgart, 15. Juli. (Reichenfund.) Stuttgarter Jäger fanden dieser Tage in einer dichten Tannenschlucht des Staatswaldes zwischen Baihingen und Rohrt im Distrikt Hohenau, Markung Rohrt, zwei menschliche Skelette. Es liegt Selbstmord vor. Die Tat dürfte schon letzten Herbst begangen worden sein. Nach dem Befund hat der Mann mit einer Armeepistole zuerst die Frau und dann sich selbst erschossen. Vermutlich handelt es sich um ein wegen Einbruchsdiebstahls schon längere Zeit fluchtverfolgt Paar von Wörtingen a. F.

(Schwerer Autounfall.) In vergangener Nacht geriet auf der Fahrtrasse Solitude-Stuttgart der von einem Stuttgarter Regierungsbaumeister als Selbstfahrer gesteuerte Kraftwagen auf den Gehweg und fuhr mit voller Wucht gegen einen Baum, wodurch ein 29 Jahre alter verheirateter Versicherungsoberrichter

Erstfrucht.

Doppelte Schwing' hat die Zeit.
Mit der einen entfährt sie die Freuden,
Doch mit der andern sanft
Rührt sie den trauernden Blick.

Emanuel Geibel.

Ein Maienglück.

Originalroman von C. Wildenburg.

13. (Nachdruck verboten.)

Jungfer Eulalia von Lehdorf, die hochgeborene Baronesse und Großtante Wilmas, war ein Ober Ältesten Vermögenbesitzerin des Stifts, das ihr hätte ein Ruheheim sein sollen. Leider stand aber ihr Benehmen dazu meist in schärfstem Widerspruch, denn sie war die zänklichsten und verbittertesten eine. Sie hielt sich, da sie von altem Adel war, von den bürgerlichen Mitbewohnerinnen zurück und war auch ihrer bösen Zunge wegen sehr gefürchtet.

Heute hatte die Jungfer Eulalia einen besonders bösen Tag, und als die andern in die Stiftskirche gingen und sie zum Mitgehen aufforderten, rief sie ihnen ein bitterböses: „Lassen Sie mich in Ruhe!“ zu.

Ihre Reichen hatte sie wieder gequält, und sie wirtschaltete mit viel unnötigem Geräusch in ihren Räumen herum, ihre Verstimmung an allen Gegenständen auslassend, die ihr gerade in den Weg kamen.

Die verbitterte Alte sah nichts von dem herrlichen duftenden Frühling, von dem Knospen und Blüten, das draußen aufleuchtete.

Der vordere Teil des Parkes war neu angelegt und nach der Straße zu mit einem hohen eisernen Gitter abgeschlossen. Er zeigte junge Anlagen, während der hintere Teil, der sich hinter dem Stiftsgebäude befand,

aus wunderbaren Laubengängen bestand, in die sich die leuchtenden Trauben des Fiebers und des Goldregens ränkten. Pyrrhus und Jasmin hoben sich in frischen Tönen aus dem zarten Grün der Blätter so herrlich, wie keines Malers Pinsel sie wiedergeben konnte. Die verschlungenen, tief überwachsenen Wege verloren sich nach den Wegen zu, die in den unweit gelegenen Wald führten. Es war ein Heim, so recht zum Ausruhen geschaffen und wurde doch wie kein Anderes durch Zeit und Leid geküßt.

In dem fahlen, zweistöckigen Gebäude blühten die Fenster in soldatischer Gradheit, nicht ahnen lassend, welche eine Fülle von Bitternis, vergeblicher Lebenssehnsucht und ver schmähter Liebe sich dahinter barg.

Die tiefen Runen in den alten Gesichtern der Anwesen erzählten davon; auch manch ergreifender Roman stand darin geschrieben. Die, welche wirklich ausruhten, waren nur in geringer Anzahl vertreten.

Das Innere des Hauses gemahnte noch an seine ursprüngliche Bestimmung. Es war vor Jahrhunderten das gastliche Heim der Pilger gewesen, die zum Kloster Chorin wallfahrten, um Vergebung ihrer Sünden stehend oder die weisen Rönche um Rat fragend.

Die gradlinigen, hart weiß gestrichelten Korridore mit den kleinen regelmäßig eingebauten, Türen, welche in die sehr kleinen Stuben führten, ließen den ursprünglichen Charakter und seine Bauart noch deutlich erkennen.

In der Mitte des sechszehnten Jahrhunderts war es gewesen, und vor einem halben Menschenalter war das Gebäude renoviert worden.

Im Zimmer der Jungfer Eulalia von Lehdorf lag bereits die herrliche Frühlingssonne und malte helle Flecken auf die Delfarbe der Dielen, als wolle sie alles vergolden und mit schimmerndem Glanz überziehen. Aber die Bewohnerin merkte immer noch nichts davon; sie sah nicht, wie die Leisten der alten Lehdorfschen Familienbilder in neuer Vergoldung aufblühten, sah auch nicht in ihrer Unaufrichtigkeit und Bitterkeit, wie die alten-

dischen Mahagonimöbel mit wunderbaren Nieren sich verzierten. Es erhöhte auch nicht die Laune Eulalias von Lehdorf, als sie ihren Viebling, dem in einem Käfig von Goldbraut auf dem Fensterbrett stehenden Papagei ein Stück Zucker zuschob und dieser wütend nach ihrer Hand biß.

Verärgert begab sich Jungfer Eulalia in die kleine, zu ihrem Appartement gehörenden Küche, um ihr Mittagessen zu bereiten.

Vertieft in das Kochen schreute sie plötzlich auf; unten im Hausflur wurde laut gesprochen.

Sie schob flugs ihre Haube zurück und horchte. Diese Stimme kannte sie doch.

Die alte Jungfer mit dem bissigen Gesicht ging nun auf den Korridor und beugte sich über das Treppengeländer, um zu erfahren, ob sie recht hatte. Wahrhaftig, da stand die Wilma, der Durchgänger, „der Quersiber“, wie ihr Neffe von der gräßlichen Linie immer sagte. Der hatte sie in gesellschaftlicher Beziehung vollständig aufgegeben.

Man konnte wirklich nicht genug seine Mißbilligung über das kleine eigensinnige Käfen äußern, das nicht, wie es doch in guten alten Zeiten allgemein üblich gewesen, in einer Familie untergetrocknet war, sondern sich selbst flügge gemacht hatte. Selbst dem Rat Lant Eulalias, sich in ein anderes respectables Haus zu begeben, hatte sie verschmäht, so daß sie für die hochadeligen Kreise, aus denen sie stammte, nun ausgestrichen war.

Es paßte der Stiftsdame eigentlich recht gut, daß ihr Wilma heute in den Weg kam. Es war so schwer im Stift, einen Sündenbock zu finden, an dem man ohne selbst Aerger zu haben, seine schlechte Laune auslassen konnte.

Die andern alten Jungfern beklagten sich dann immer beim Vorüber und der wurde einfach gesch.

(Fortsetzung folgt.)

von Stuttgart einen schweren Schädelbruch erlitt, der ihn zum Tode geführt hat. Ein zweiter Wageninsasse ist nur leicht verletzt. Der Fahrzeuglenker hat ebenfalls ernsthafte Verletzungen davongetragen.

Kornweicheim, 15. Juli. (Uebervahren.) Der 23 Jahre alte ledige Hilfskassierer Emil Häderle von Reutlingen wurde von einer ablaufenden Wagengruppe überfahren und sofort getötet.

Ludwigsburg, 15. Juli. (Bezirkskriegertag.) Der hier unter großer Beteiligung abgehaltene Bezirkskriegertag wurde durch Niederlegung von Kränzen am Grabe des Königs und auf dem Ehrenfriedhof der Gefallenen eingeleitet. Die Stadt war festlich geschmückt. Nachmittags fand ein großer Festzug auf dem Schloßhof statt, an dem sich etwa 40 Vereine beteiligten.

Serrenberg, 15. Juli. (Selbstmord.) Der 54 Jahre alte Georg Junger von Haslach ließ sich in selbstmörderischer Absicht vom Schnellzug überfahren.

Schwenningen, 15. Juli. (BetriebsEinstellung.) Die mehrere hundert Arbeiter beschäftigende Uhrenfabrik Haller & Benzling hier schloß ihren Betrieb. Eine baldige Wiederaufnahme des Betriebs erscheint derzeit sehr fraglich.

Kalen, 15. Juli. (Sturz von der Treppe.) Der 24 Jahre alte Anton Jecher stürzte eine Treppe hinunter und erlitt schwere innere Verletzungen, die nach wenigen Tagen seinen Tod herbeiführten.

Ulm, 15. Juli. (Großfeuer.) Am Blaubeurer Tor brannte das Lagerhaus Mändler vollständig nieder. Ungeheure Mengen Öl, Fett, Mehl, Paraffinkerzen und sonstige Lebensmittel standen in hellen Flammen und verbreiteten eine wahnsinnige Hitze. Der Schaden an Gütern auswärtiger Firmen ist sehr groß, die Brandursache noch unbekannt.

Ulm, 15. Juli. (Ertrunken.) Der 13jährige Schüler Sailer von Neu-Ulm kam beim Schwimmen durch die Brücke anscheinend in einen Strudel. Ein kurzer Differus und er war in der Tiefe verschwunden.

Wüdingen a. T., 15. Juli. (Fette Sau.) Dieser Tage wurde von Wendeln Maunz zur Fedenmühle ein fettes Schwein verkauft, das auf der fädd. Wage ein Gewicht von 750 Pfund hatte.

Wangen i. N., 15. Juli. (Brandunglück.) In Ettensweiler bei Niedervangen ist das Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Hässinger vollständig niedergebrannt. Vier Schweine, Geflügel, Kälber, der Hund, sowie das ganze Hausmobil und sämtliche Fahrnis verbrannten.

Freiburg, 15. Juli. (Berufung.) Der Präsident der württ. Forstdirektion, Dr. Christoph Wagner, dem die durch den Tod des Geh. Hofrats Prof. Dr. Udo Müller erledigte Professur für Forstwissenschaft an der Universität Freiburg angetragen worden war, hat diesen Ruf angenommen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Der neue württ. Gesandte in Berlin. Dr. Bosler ist bereits nach Berlin gereist, um seinen neuen Posten zu übernehmen.

Autounfall des Fürsten Bismarck. Bei der Fahrt auf der Landstraße geriet das Auto des Fürsten Bismarck in der Nähe von Börsen in Brand und wurde gänzlich vernichtet. Der Fürst ist unverletzt. Bei den Bescharbeiten wurde ein Koffer mit wertvollem Inhalt, darunter goldene Schmuckstücke und eine Geldmünze mit Bildnis Papst Pius XIII. gestohlen.

Eine deutsche Ortschaft in Ungarn durch Feuer zerstört. Die deutsche Ortschaft Wallendorf wurde durch eine ungeheure Feuersbrunst eingeeäschert. 100 Häuser wurden vollständig zerstört, nur die Kirche und ein kleiner Stadteil blieben verschont. Eine Frau und zwei Kinder sind in den Flammen umgekommen.

Typhus in Halle. In der Stadtverordnetenversammlung von Halle teilte der Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Bunde, auf eine Anfrage mit, daß in den letzten drei Wochen in Halle 140 Typhusfälle vorgekommen seien, von denen zwei tödlich verlaufen seien. Die Ertränkungen seien in erster Linie auf den Genuß schlechter Milch zurückzuführen.

Verunglückte Pilger. Während eines Passagierfluges, den der Pilot einer privaten Flugzeugfirma in der Sommerfrische Eschelawitz bei Prag veranstaltete, erlitten der Benzinhälter und das Flugzeug furchtbar brennend in die Elbe. Von den Insassen, außer dem Piloten zwei Männer und eine Frau, konnten die beiden männlichen Fahrgäste nur als verkohlte Leichen geborgen werden. Der Pilot und die Frau erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Ueberrast auf einem Kassenboten. Der Kassenbote des Eisenwerkes Fried in Haspe, der einen Geldtransport von 15 000 Rentenmark zu besorgen hatte, wurde an einer wenig begangenen Stelle innerhalb der Stadt von zwei maskierten Kerlen überfallen und zu Boden geschlagen. Die Räuber flüchteten mit der Beute. Im Verlauf des Kesseltreibens flüchteten die beiden Banditen in ihrer Bedrängnis in die Wohnung des kommunistischen Stadtverordneten. Das Haus wurde mit Hilfe der Schupo umstellt und die beiden Räuber aus ihrem Versteck herausgeholt.

Ein verheerender Zugräuber. Vor einigen Tagen wurde in dem Zug nach Basel, der vormittags 9.36 Uhr von Frankfurt abgeht, wahrscheinlich zwischen den Stationen Appenweier und Offenburg ein Raubüberfall auf eine Dame verübt. Der Räuber, ein etwa 25 bis 35 jähriger Mann in Frauenkleidern verkleidet, die Dame mit einem fälschlich riefenden Mittel zu bedrücken, um sie angestört zu berauben zu können. Da jedoch die Reisende nicht sofort einschloß, konnte er sein Vorhaben nicht ausführen und verschwand.

Eisenbahnunglück. Auf der Strecke Paris-Strasbourg zwischen Chalons-sur-Marne und Biry-les-Francois ist ein Personenzug in einen rangierenden Güterzug hineingefahren. Der „Temps“ meldet 5 Tote und 16 Verwundete.

Englische Delegierte zur Völkervereinigung. Lord Carmoor teilte im Oberhaus mit, die britischen Vertreter auf der nächsten Völkervereinigung würden von Raddonald, Carmoor, Henderson und Professor Gilbert Murray sein.

Die Notlage des deutschen Weinbaues.

Von der übergroßen Apfel- und Bananeneinfuhr, die in gar keinem Verhältnis zur Verarmung des deutschen Volkes steht, ist in allen Tageszeitungen die Rede gewesen; auch auf den beträchtlichen Import von anderem Obst und von Gemüse wurde mehrfach verwiesen. Hingegen ist von einer anderen überflüssigen Einfuhr, welche der einheimischen Produktion eine schwer schädigende Konkurrenz bereitet, bisher nur in Fachzeitschriften gesprochen worden: von der Einfuhr französischer Weine, die in den letzten Monaten und Wochen Deutschland in großen Mengen überschwemmen. Für den Fernerstehenden trat sie bislang insofern wenig in Erscheinung, als diese Weine bisher nur in ganz geringem Umfang in den Kleinvertrieb gelangt sind. Die Allgemeinheit wird die Folgen dieser Ueberschwemmung mit ausländischen Weinen erst in späterer Zeit empfinden.

Bis Ende vorigen Jahres war der Import von Wein nach dem unbesetzten Deutschland durch den deutschen Zollschutz erschwert. Es war auch Vorsorge getroffen, daß die durch das Loch im Westen eingeführten Weine in derselben Weise wie die über die deutschen Häfen eingeführten Weine durch Zoll belastet wurden. Die Franzosen haben nämlich in der Absicht, das besetzte Gebiet wirtschaftlich vom unbesetzten zu trennen, eine besondere Zollmauer um ersteres gezogen; dabei war zwar das deutsche Zolltariffschema zugrunde gelegt, jedoch wurden bei denjenigen Positionen, bei denen den Franzosen eine Einfuhr aus Frankreich erwünscht erschien, die deutschen Zollsätze erheblich erniedrigt. Für Wein wurde nur z. B. ein Drittel des Zollsatzes in Anwendung gebracht, der bei der Einfuhr ins unbesetzte Deutschland über die deutschen Häfen erhoben wird. Um nun zu verhindern, daß auf dem Wege über das besetzte Gebiet Wein in das unbesetzte Deutschland gelangte, war an der Westgrenze des unbesetzten Deutschlands ein Auffanggürtel eingerichtet, der eine nachträgliche Verzollung der ausländischen Weine in Höhe der fehlenden zwei Drittel des deutschen Zollsatzes bezweckte.

Diese Auffangvorrichtung ist seit Ende vorigen Jahres stillschweigend beseitigt worden. Weine, die lediglich französisch verzollt sind, dürfen jetzt die Ostgrenze des besetzten Gebietes ohne Nachverzollung passieren; nur der Form wegen wird eine fests bewilligte Zulaufgenehmigung verlangt, ohne daß, wie früher, eine Anmeldung dieser Weine bei deutschen Zollämtern nötig ist. Kein Wunder, daß seitdem ungeheure Weinmengen, in der Regel mit Lastkraftwagen, nach dem unbesetzten Deutschland geschafft worden sind, darunter sicherlich auch größere Mengen, für welche nicht einmal die Zulaufgenehmigung eingeholt worden ist. Die deutsche Handelsstatistik weist alle diese Mengen nicht auf. Und da bei den obwaltenden Verhältnissen auch kein Importeur mehr Wein über deutsche Häfen, wo er den vollen Zoll bezahlen muß, importieren wird, so dürfte Deutschland nach der Handelsstatistik in Kürze kaum noch nennenswerte Mengen Wein importieren, während tatsächlich die Einfuhr recht erheblich ist.

Dieser Weineinbruch von Weiten, wie dieses Ueberschwemmen mit ausländischen Weinen bezeichnet wird, ist für die Handelsbilanz Deutschlands äußerst nachteilig, denn es wächst dadurch ihre an sich schon große Passivität noch weiter. Vor allem aber wird auch der deutsche Weinbau geschädigt, der seinen Absatz in erster Linie in Deutschland suchen muß. Der deutsche Markt ist infolge der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung in Zukunft für Waren wie Wein nur wenig aufnahmefähig; sind dann gar noch große Mengen billiger ausländischer Weine vorhanden, so kann der deutsche Wein nicht mehr zu Preisen untergebracht werden, die seinen Produktionskosten entsprechen. So wird durch die Beseitigung des Auffanggürtels für ausländischen Wein ein Wirtschaftszweig dem Ruin entgegengetrieben — ein Wirtschaftszweig, der freilich nur einen Bruchteil der gesamten Kulturfläche deutschen Bodens bewirtschaftet, der aber im westlichen Deutschland von hervorragender wirtschaftlicher Bedeutung ist; in manchen Gegenden nimmt dort der Weinbau unter allen Kulturen sogar die erste Stelle ein.

Die dem Weinbau hier drohende Gefahr ist insofern noch besonders groß, als all die wirtschaftlichen Räte, unter denen die deutsche Landwirtschaft leidet, in noch stärkerem Maße über den deutschen Weinbau hereingebrochen sind. Der eigentliche landwirtschaftliche Vertrieb trägt in seiner Vielgestaltigkeit gewisse Sicherungen, die dem Weinbau fehlen; nämlich die Getreiderente, so vermag die Kartoffel- oder Zuckerrübenrente, oder der Ertrag der Viehhaltung einen gewissen Ausgleich zu bringen. Der deutsche Winzer hingegen ist auf den Wein als einziges Produkt angewiesen; überdies erzielt er im Durchschnitt nur alle 4-5 Jahre einen befriedigenden Ertrag, der die geringen Erträge der übrigen Jahre ausgleichen muß. Und wenn auch viele Winzer noch verschiedene landwirtschaftliche Produktionszweige in ihrem Betrieb betreiben, so ist doch in der Regel das Verhältnis zwischen Weinbau und Landwirtschaft nicht derart, daß letztere für die Verluste aus dem Weinbau aufkommen kann; bei der jetzigen Notlage der Landwirtschaft erst recht nicht.

Angesichts solcher Notlage ist die Rutlosigkeit und auch Verbitterung in den Kreisen der Winzer über die Beseitigung des Auffanggürtels verständlich. Eine Zollgrenze des unbesetzten Deutschlands gegen das besetzte Gebiet wird aus politischen Gründen von der Reichsregierung abgelehnt. Aber es sollte doch, wie bisher, bei denjenigen Erzeugnissen, die unzweifelhaft ausländischen Ursprungs sind, — und dazu gehören die ausländischen Weine —, wieder eine Nachverzollung beim Passieren der Grenze des unbesetzten Gebietes schnellstens eingeführt werden, damit nicht in der nächsten Zeit weitere ungeheure Mengen ausländischen Weins nach Deutschland gebracht werden und den Absatz deutschen Weins unter Umständen auf mehrere Jahre fast zur Unmöglichkeit machen. Die Rücksichtnahme auf die Bevölkerung des unbesetzten Deutschlands, von der ein erheblicher Teil auf den Winzerstand entfällt, verlangt eine solche Maßnahme gewissermaßen.



Handel und Verkehr.

Konkurrenz Deutscher Exporte vom Dienstag, den 15. Juli.
Die Kurse verstehen sich in Millionen Papiermark.

	14. Juli	14. Juli	15. Juli	15. Juli
Amsterdam 100 Gulden	159.35	159.15	159.40	159.30
Buenos Aires 1 Pefeso	1.345	1.355	1.354	1.355
Brüssel 100 Franken	19.15	19.25	19.15	19.25
Christiana 100 Kronen	56.11	56.29	56.21	56.49
Kopenhagen 100 Kronen	67.33	67.67	67.38	67.72
Italien 100 Lire	15.-	15.10	15.06	15.15
London 1 Pfund Sterling	18.345	18.345	18.32	18.41
Pariser 1 Dollar	4.19	4.21	4.23	4.21
Paris 100 Franken	21.70	21.90	21.75	21.85
Schweden 100 Kronen	76.91	77.29	76.41	76.79
Wien 100 Kronen	55.31	56.09	55.81	56.71
Wien 100 000 Kronen	5.92	5.94	5.92	5.94
Wien 100 Kronen	12.41	12.47	12.40	12.40

Deutscher Markt, 15. Juli. Die Spannung, mit der man der weiteren politischen Entwicklung insbesondere mit Rücksicht auf die Sommerkonferenz entgegensteht, gewinnt die Börse heute noch mehr zur Zurückhaltung. Immerhin konnte man heute eine etwas freundlichere Stimmung feststellen. Die Kurse ließen nur mit geringfügigen Veränderungen gegen den gestrigen Schluß ein. Am Markt der deutschen Anleihen fanden keine größeren Umsätze statt. Das Geschäft schränkte sich in der zweiten Hälfte des Tages ein.

Frankfurter Börse, 15. Juli. Die Börse eröffnete erneut in schwacher Haltung, wobei die Stagnation im Börsengeschäft einen noch mehr gelassenen Charakter annahm.

Stuttgarter Börse, 15. Juli. Die Stimmung an der Börse war weiterhin listlos bei wenig veränderlichen Kursen. Palmier 17, Jambon 5, Kaffee 8.05, 8.21, 8.

Berliner Produktmarkt vom 15. Juli. Weizen, märk. 176-180 0/0, Heubund; Roggen, märk. 145-150, Heubund; Gerste, Sommergerste märk. 190-170, Heubund; Wintergerste 155-160, Heubund; Hafer, märk. 145-152, Heubund; Weizenmehl 25-28.5, Heubund; Roggenmehl 25.5-28, Heubund; Weizenmehl 9, Heubund; Roggenmehl 9.5, Heubund; Hafer 24.5-25, Heubund; Weizenmehl 20-22.5, Heubund; Bistrianerbohnen 21, Sojabohnen 14.5-15, Heubund.

Stuttgarter Monatsviehmarkt vom 14. Juli. Dem am 14. Juli im Schlachthof abgehaltenen Monatsviehmarkt waren 146 Pferde zugeführt. Die Preise bewegten sich für leichte Pferde zwischen 300 und 400 Mark, für mittlere zwischen 500 und 800 Mark und für schwere Pferde zwischen 1000 und 1500 Mark. Der Verkehr war trotz im ganzen nur 60-80 Pferde verkauft. Der nächste Monatsviehmarkt findet am 11. August statt.

Stuttgarter Schlachthofmarkt vom 15. Juli. Dem Dienstagmarkt am Schlachthof waren zugeführt: 61 Ochsen (unverkauft 10), 55 Bullen, 39 Junghäuler (40), 300 Jungkinder (29), 114 Kälber (29), 720 Kälber, 715 Schweine, 29 Schafe. Erlos aus je 1 Pfund Schlachtwiege: Ochsen erste 34-35, zweite 22-23, Kälber erste 29-32, zweite 22-27, Junghäuler erste 38-42, zweite 30-34, dritte 28-32, Kälber erste 28-31, zweite 16-21, dritte 10-14, Kälber erste 28-32, zweite 37-44, dritte 28-34, Schweine erste 57-59, zweite 52-55, dritte 42-45 Pf. Verkauf des Marktes: bei Schweinen leicht, Kälbern und Großvieh langsam, Ueberfluß.

Vom Holzmarkt. Die Gemeinde Effringen erlöbte bei ihrem gestrigen Langholzverkauf im Submissionswege 75 Proz. der Taxe.

Sommerhitz und Milchpreis.

Die schöne, warme Witterung der letzten Tage hat anscheinend einen edlen Geist zerstört, der nunmehr von der „Milchverbraucherseite“ aus glaubt, er müßte in der Zeitung vom 11. 7. 24 den um ihre Existenz ringenden Landwirten, welche die harte Zeit der Dürre kaum hinter sich haben, Heuchelei, Gewalttätigkeit, Aushungerung der Milchverbraucher und andere schöne Dinge vorgeworfen haben!

Wenn das Liter Bier 40 und 50 Pfg. kostet und bei einigen Ansprüchen an Qualität auch 60 Pfg., so findet das der anonyme Einsender, der glaubt, der Bauernkittel sei gut genug, als daß jedermann seine nicht immer saubere Feder an ihm abschmieren könnte, jedenfalls ganz in Ordnung, wenn aber der Landwirt für seine Milch, die 4 und 5 mal mehr wert ist, als das oft genug zu 96% aus Wasser bestehende Bier die Hälfte des Bierpreises verlangt, dann heißt es, da ist nur die „Verbeugung der Landwirtschaft“ schuld und wer verheißt die Landwirtschaft? Natürlich die „Ueberorganisationen“. Der schon im Hintergrund stehende Herr Artikelschreiber spricht von der Notlage der Landwirtschaft in spöttischer Weise und erinnert dann an jene Zeit als ein unerhörter Volksbetrug den Landwirten noch einen Milchpreis von 1-2 Goldpfennigen für das Liter Milch gewährte. Wundert er sich, daß die Milchherzeugung damals zurückging?

Wenn derartige Dinge noch öfters in einer so unverständigen Form behandelt werden, so ist die Folge davon, daß der Milchverbrauch in den bäuerlichen Haushaltungen außerordentlich zunimmt und wer dann der Leidtragende ist, das brauchen wir hier wohl nicht näher auszuführen.

Die Kleinverkaufspreise in den Städten sind heute, gemessen an den Friedensverhältnissen, viel zu hoch. In Friedenszeit betrug die Preisspanne zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis etwa 30 Proz. des Stallpreises. Heute sind es 100 Prozent, d. h. die Milch wird durch den Zwischenhandel im Preis annähernd um das Doppelte



verteuert. Sehr nett ist, wenn der Herr Artikelschreiber von „landw. Ueberorganisationen“ spricht und wir schreiben seinen Jörn über dieses allerdings so manchen Volksfeinden außerordentlich Unbequeme, gerne der etwas hohen Sommertemperatur zur Last.

Selbstverständlich ist es ein bedauerlicher Mangel der Reichsversammlung, daß nicht gleich von Anfang an in Weimar seinerzeit festgelegt wurde, daß der Landwirtschaft der Zusammenschluß in Organisationen verboten wurde. Wie einfach wäre es, ein Bäuerlein um das andere, ein Dörflein um das andere durch maulfertige Sendboten der Städte abzuwürgen und den Milchpreis zu diktieren, aber diese elenden „landw. Ueberorganisationen“, die gehen her und behen die Bauern auf, und reizend ist es, wenn so ein Dunkelmann schreibt, daß die Bauern froh gewesen wären, wenn der Preis nicht auf 16 Pfg. gesunken sei! Auch die Mahnung, die Landwirtschaft müßte erst den Faden, den sie zerrissen hat, wieder knüpfen und besonders der Hinweis darauf, daß es ein Gewaltakt der landw. Organisationen ist, wenn sie eine Verbilligung der Milch zu verhindern suchen, ist einfach tödlich. Wenn der Einsender dieses von Unwahrheiten und Entstellungen strotzenden Artikels den Mut hat, sich öffentlich zu dem, was er geschrieben hat, zu bekennen, dann wollen wir ihm gerne einmal das Gewehr diktieren, wie es bei ihm aussieht! Wir wollen vorläufig keine Vermutungen aussprechen, aber es muß verlangt werden, daß in Zukunft derjenige, welcher so schwere Anklagen gegen die Landwirtschaft erhebt, von „Diktatgewohnheiten der Landwirtschaft“ spricht, vor allem auch seinen Namen nennt. Wir weisen auf das Schärfste die dort enthaltenen Vorwürfe zurück und verlangen für die Landwirtschaft die gleichen Rechte, die jeder andere Stand auch hat.

J. A. Theodor Körner ig.

Milchpreis betreffend.

Nagold, 13. Juli. (Eingefandt.) In der heutigen Ausschuffung des Landw. Bezirksvereins haben die Vertreter der Landwirtschaft nachstehende Entschliessung gefordert: Das Eingefandt in Nr. 161 des Tannenblattes Milchpreis betreffend, mit seinen gehässigen Ausführungen, kann von unserer Seite nicht unerwidert bleiben. Wenn die Verbraucher jetzt angereizt werden, den Milchpreis, der übrigens knapp die Produktionskosten deckt, mit Gewalt herabzudrücken, nachdem die Versorgung jetzt eine geregelte ist, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Der Bauer lernt jetzt rechnen. Er arbeitet mit täglich wachsender Unterbilanz und er wird seinen Betrieb, wenn man ihm nichts mehr gönnt, immer mehr extensivieren. Geradezu unerhört ist es aber, wenn in Zeitungen geschrieben wird, daß

die Bauern von Woche zu Woche ohne Rücksicht auf die Verbraucher, den Preis diktieren und daß die Leute in der Stadt mit ihrem Geld um Lebensmittel betteln müßten. Weiß dieser „bauernfreundliche“ Einsender nicht, daß der Bauer für seine Milch, bis er das Geld erhielt, tatsächlich nur 2-2½ Pfg. pro Liter hatte, weiß er nicht, daß wenn er ein Paar fette Schweine oder ein Stück Vieh etc. verkaufte, der Erlös schon in 8 Tagen gleich Null war, so daß er für seinen Schweiß gar nichts als Haß erntete? Ist dem Einsender auch unbekannt, daß die Zwangswirtschaft dem Bauern Ablieferungspflicht auferlegte, so daß er nicht frei über seine Produkte verfügen konnte? Das ist heute der Dank an den Bauernstand, der mit nie rastender, schaffender Hand bis zur Zeit der Auslandsflut das Volk vom Hungertod gerettet hat. Jetzt heißt es „der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“. Dem Einsender dieses gehässigen Artikels möchten wir nur wünschen, er hätte als angeschrter Bauer ca. 100 Morgen zu bewirtschaften, dann hätte er ein anderes Bild von der verzweifelten Lage der Landwirtschaft und würde den Schweiß des Bauern anders bewerten. Alles in Allem: Wenn kein Verständnis für unsere Notlage mehr da ist, wird der Zusammenbruch der Betriebe schnell erfolgen. Das werden dann auch diese Deher zu spüren bekommen, aber es wird zu spät sein. Auch erwartet die heutige Versammlung, daß unser Bezirksblatt solchen Hehartikel und fanatischen Bosheiten gegen unsern Stand und unsere Arbeit für die Zukunft seine Spalten verweigern wird.

Anmerkung der Schriftleitung. Unsere landw. Leser wissen genau, daß wir stets Verständnis für die Landwirtschaft hatten und haben werden und daß es uns fern liegt, sie zu bekämpfen. Wir wissen sehr gut, wie schwer heute viele Berufsstände unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden haben und daß die Landwirtschaft z. Zt. mit am schwersten getroffen wird, weshalb wir ihr auch gerne unsere Unterstützung leihen. Wenn wir trotzdem das Eingefandt der Milchverbraucher von Bedarfsgemeinden aufgenommen haben, so kann dies unmöglich als ein feindschaftlicher Akt unserer Zeitung der Landwirtschaft gegenüber angesehen oder gedeutet werden. Wir können bei allem Verständnis für die Lage der Landwirtschaft ändern Interessenten den Mund in unserer Zeitung nicht verschließen. Es ist Sache der Landwirtschaft, ihrerseits Stellung zu solchen Einsendungen zu nehmen und wir stellen der Landwirtschaft und ihrer Organisation die Spalten unserer Zeitung ebenso zur Verfügung, damit sie ihren Standpunkt darlegt und ihr Interesse vertritt. Unsere Zeitung kann und wird bei solchen Eingefandt nur unparteiische Vermittlerin des Meinungsaustausches sein.

Letzte Nachrichten.

Immer noch die deutsche Schuld.

Brüssel, 15. Juli. Die belgische Gruppe der interparlamentarischen Union beschloß ihre frühere Entschliessung aufrecht zu erhalten, sich nicht an der Vollziehung der interparlamentarischen Union zu beteiligen, solange die Deutschen nicht ihre Schuld am Kriege anerkannt hätten.

Herriots Ankunft in London.

London, 15. Juli. Herriot ist heute Nachmittag auf dem Victoria-Bahnhof im Sonderzug eingetroffen, wo er von Macdonald begrüßt wurde, mit dem er sich herzlich unterhielt.

Scheidemann wird in den Ruhestand versetzt.

Kassel, 15. Juli. In einer vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten wurde von den anwesenden Mitgliedern der Rechtsparteien und des Zentrums endgültig beschlossen, den Oberbürgermeister Scheidemann, sowie die Stadträte Rosenstock, Wittrock und Oberbaurat Höhle zum ersten September in den Ruhestand zu versetzen.

Feierschichten und Betriebseinstellungen.

Essen, 16. Juli. Die Nachrichten über die Einlegung von Feierschichten im Ruhrbergbau wegen Abjammangels haben in den letzten Tagen einen erschreckenden Umfang angenommen. Wie gemeldet wird, hat allein die Gelsenkirchener Bergbau A.-G. in den beiden letzten Tagen auf 8 ihrer Schächte je eine Feierschicht einlegen lassen müssen. Bei der Harkener Bergbau-Ges. mußte am 12. Juli auf 5 ihrer Schächte der Betrieb wegen Abjammangels vollständig stillgelegt werden. Der Umstand, daß die Schächte zu derartigen Maßnahmen greifen müssen trotz der am 1. Juli eingetretenen Kohlenpreiserhöhung um 20 Prozent kennzeichnet deutlich die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage.

Nutmäßliches Wetter.

Für Donnerstag ist bei Fortbestand des Hochdrucks trockenes, heiteres und warmes, jedoch zu vereinzelt Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.
Druck und Verlag der W. Riekerschen Buchdruckerei Altensteig.

Zur Anfertigung
von
Druckarbeiten aller Art
empfiehlt sich bestens die
W. Riekersche Buchdruckerei
Altensteig, Telefon Nr. 11.

Infolge günstigen Einkaufs biete ich an:

Cognac 1/2 Flasche	Mk. 2.50
reines Zwetschgenwasser 1/2 Fl. „	2.90

+ Schwarzwald-Drogerie Altensteig +
F. W. Gutekunst.

Auch die kleinste
Anzeige
hat
Erfolg.

Kurgäste
mit oder ohne Verpflegung werden aufgenommen.
Wo? — jagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein
Maurer
welcher auch Steine richten kann, kann sogleich eintreten bei
Thomas Weibinger, Maurermeister, Enzklösterle.

Verlaufen
hat sich mein Rottweiler Stumper
(1/2 Jahr alt). Ueber dessen Verbleib bittet um Nachricht,
Konrad Günthner z. Löwen Simmersfeld.

Etwas Gutes
f. Haar u. Haarboden ist echtes
Brennessel-Haarwasser
mit den 3 Brennesseln.
Apothek Altensteig.

Wegen Erkrankung meines seitherigen Dienstmädchens suche ich für sofort oder 1. August ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
für Haus und Landwirtschaft, wozumöglich nicht unter 20 Jahren.
Karl Reichert z. Hirsch Rohrdorf b. Nagold.

Eine hochtrachtige
Kalbin
gut im Zug, und ein
Rind
verkauft
Karl Friedrich Günthner Konnenmih.

Dienstverträge
empfiehlt die
W. Riekersche Buchhandlung.

Altensteig.



Einkoch-Apparate
complett, das Stück von Mk. 8.— ab

REX-
Conservengläser, Gummiringe und Ersatzteile
Einmachgläser
Honiggeläser
empfiehlt in grosser Auswahl
Paul Beck.

Damen- und Mädchen-Bekleidung.
Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
E. Berner, Forzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.

